



Sozialwerke sichern – Missbräuche bekämpfen

Da man in der Vergangenheit die strukturellen Probleme und das Missbrauchspotenzial der Sozialwerke stets mit Steuereinnahmen zugedeckt hat, ist es heute umso dringender, den Ausgleich und die Solidarität zwischen Alt und Jung, zwischen den echt Bedürftigen und den Prämien- und Steuerzahlern wieder ins rechte Lot zu rücken. Verantwortungsvolle Lösungen brauchen eine konsequente Politik.

Probleme mit Geld zugedeckt

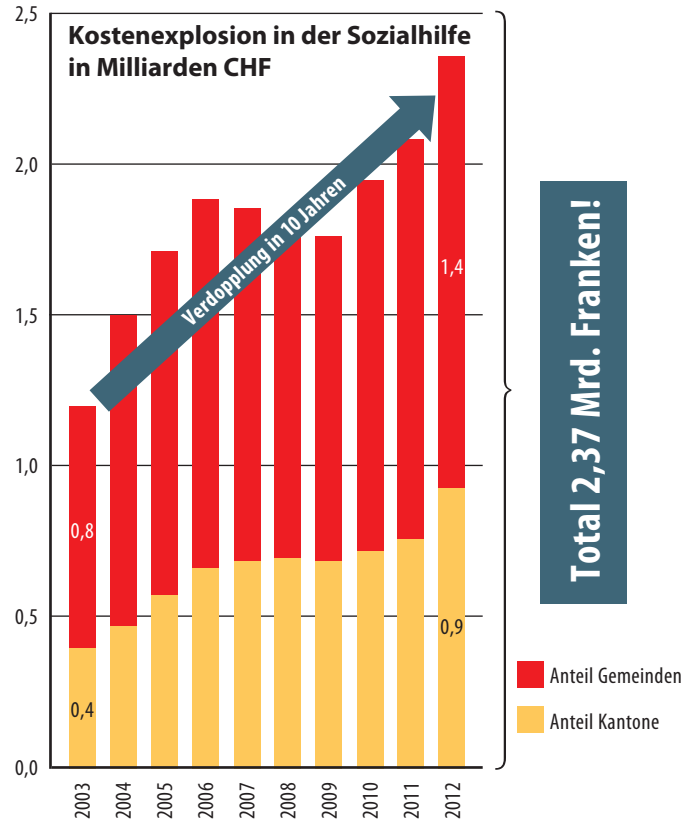
Die Politik von Mitte-Links hat dazu geführt, dass offensichtliche Missstände bei den Sozialwerken, Missbrauch und strukturelle Unterfinanzierung nicht ehrlich angegangen wurden. Man verschloss die Augen vor den echten Problemen. Missstände wurden meist salopp mit mehr Geld zugedeckt – Geld, das mit zusätzlichen Steuern und Abgaben bei den Bürgern und den Unternehmen geholt wurde. So wurde die Mehrwertsteuer zum Beispiel 1999 um 1 Prozent für die AHV, 2011 um 0,4 Prozent für die Invalidenversicherung (IV) angehoben. Weitere Erhöhungen sind bereits in Planung.

Altersvorsorge in Schieflage

Wir werden immer älter und beziehen deshalb immer länger Rente. Dies führt dazu, dass immer weniger Arbeitstätige für immer mehr Rentner aufkommen müssen. Haben 1970 noch fünf Personen für einen Rentner einbezahlt, sind es heute noch drei. Im Jahre 2040 werden es voraussichtlich nur noch zwei sein. Schon jetzt nimmt die AHV weniger ein, als sie ausbezahlt. Die Rechnung geht nicht mehr auf. Wie bei der IV sollen nun bei der AHV dem Bürger vorab zusätzliche Mittel durch eine Mehrwertsteuererhöhung abgezwickelt werden, statt dass man versprochene und dringend nötige Reformen im System angeht.

Sozialstaat stösst an Grenzen

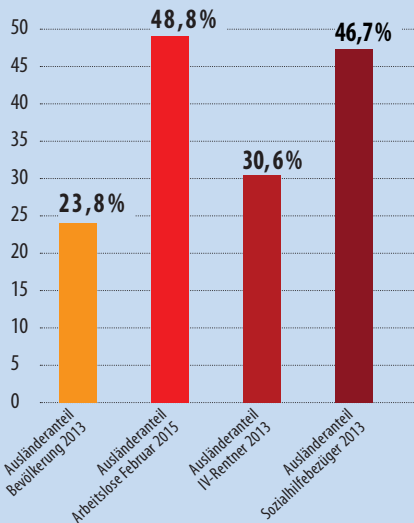
Der Sozialstaat stösst zunehmend an Grenzen. Während die Sozialausgaben im Jahr 1950 noch weniger als 2 Milliarden Franken ausmachten und bis 1990 auf 62 Milliarden Franken anstiegen, betragen die Ausgaben für die Sozialwerke in der Schweiz im Jahr 2012 bereits 163 Milliarden Franken. Der Sozialstaat wächst uns über den Kopf, und zwar zulasten der künftigen Generationen. Immer weniger Menschen müssen für immer mehr Menschen aufkommen. Der Wohlfahrtsstaat als Gesamtes ist in Frage gestellt: Zwar werden die Ergänzungsleistungen, die Sozialhilfe sowie Kranken- und Unfallversicherung durch steigende Steuergelder und



Explosion der Sozialhilfeausgaben (BFS)

Prämien getragen; AHV, Arbeitslosenversicherung, Berufliche Vorsorge, Erwerbsersatzordnung, Invalidenversicherung, Mutterschaftsversicherung und als letztes Auffangnetz die Sozialhilfe – keine dieser sozialen Einrichtungen ist solide finanziert. So haben sich beispielsweise die Ausgaben für Sozialhilfe in den letzten 10 Jahren auf 2,4 Milliarden Franken verdoppelt. Immer mehr Menschen beziehen immer länger Sozialhilfe. Die Sozialhilfe hat ihre ursprüngliche Funktion als Überbrückungshilfe und als Hilfe zur Selbsthilfe verloren. Zentralisierungs- und Professionalisierungstendenzen haben zudem dazu geführt, dass sich die Systeme immer weiter von den betroffenen Menschen entfernen und eine wirkungsvolle und würdige Hilfe erschwert wird. Dies trifft nicht nur auf die Sozialhilfe zu, sondern beispielsweise auch auf den Kindes- und Erwachsenenschutz, dessen Zentralisierung in Form der sogenannten KESB zu einer Verschlechterung der Situation geführt hat.

Ausländeranteil bei den Schweizer Sozialwerken (Angaben in Prozent)



Quellen: BFS / Seco / Sozialhilfestatistik 2014, BSV

Zentralisierungs- und Professionalisierungstendenzen haben zudem dazu geführt, dass sich die Systeme immer weiter von den betroffenen Menschen entfernen und eine wirkungsvolle und würdige Hilfe erschwert wird. Dies trifft nicht nur auf die Sozialhilfe zu, sondern beispielsweise auch auf den Kindes- und Erwachsenenschutz, dessen Zentralisierung in Form der sogenannten KESB zu einer Verschlechterung der Situation geführt hat.

Reformen unumgänglich

Die SVP setzt sich für die langfristige finanzielle Sicherung der Sozialwerke ein. Sie ist sich bewusst, dass jeder Franken, der dafür eingesetzt werden kann, zuerst verdient werden muss. Das verlangt, dass sich Reformen auf Tatsachen und realistische Szenarien abstützen. Deshalb

setzt sich die SVP dafür ein, dass für Frauen wie für Männer das gleiche Rentenalter von 65 Jahren gilt. Bei der beruflichen Vorsorge befürwortet die SVP die Entpolitisierung von technischen Grössen wie etwa dem Mindestumwandlungs- oder dem Mindestzinssatz, damit hier den effektiven Gegebenheiten Rechnung getragen wird.

Fehlanreize beseitigen

Weiter müssen bei der IV die angekündigten Reformen durchgeführt werden. Gewisse Nationalitäten (Balkanstaaten, Türkei) sind überdurchschnittlich häufig IV-Empfänger. Die Rentenskala ist zu verfeinern. Der Export von IV-Renten ins Ausland ohne Kaufkraftbereinigung ist zu stoppen. Bei den inzwischen häufig diagnostizierten psychischen Störungen braucht es eine bessere Überprüfung. Leistungseinschränkungs- und Leistungsbereitschaftstests müssen an der Tagesordnung sein, um dem Missbrauch und den Fehldiagnosen vorzubeugen.

Sozialhilfe darf keine Hängematte sein

In den Kantonen sind die Sozialhilfegesetze so auszugestalten, dass die Sozialhilfe nicht länger ausgenutzt und missbraucht werden kann. Wer sich nicht um Integration und Arbeit bemüht, soll auch keine Hilfe bekommen. Arbeit muss sich wieder lohnen. Die Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) sind als Empfehlungen oder als unverbindliche Orientierungshilfen für die ausführenden Organe zu betrachten und dementsprechend in den kantonalen Sozialhilfe- und Fürsorgegesetzen und -verordnungen als solche zu benennen. Denn die SKOS rechnet ideologisch motiviert mit zu hohen Ansätzen. Wer eine zumutbare Arbeit verweigert oder sich sonst nicht an die Bestimmungen der Behörden hält, dessen Leistungen müssten spürbar reduziert werden können. Einer weiteren Professionalisierung im Fürsorgewesen ist energisch entgegenzutreten und stattdessen das Milizprinzip, die Gemeindeautonomie und die Bürgernähe zu stärken, da nur so für den konkreten Einzelfall eine angemessene, günstige und zugleich würdige Hilfe möglich ist.

STANDPUNKTE

Die SVP

- setzt sich für die finanzielle Sicherung der Sozialwerke ein und lehnt den Ausbau des Sozialstaates ab;
- lehnt jegliche Erhöhung von Steuern und Abgaben, insbesondere auch eine Mehrwertsteuererhöhung, zur Sanierung der Sozialwerke ab, denn strukturelle Mängel dürfen nicht mit Steuergeldern überdeckt werden;
- verlangt zur Sicherung der AHV:
 - gleiches Rentenalter von 65 für Frauen und Männer;
 - vollständige Verwendung des seit 1999 erhobenen zusätzlichen Mehrwertsteuer-Prozents für die AHV;
 - Rückzahlung der Schulden der Invalidenversicherung an die AHV;
 - moderate und schrittweise Erhöhung des Rentenalters, angepasst an die stetig steigende Lebenserwartung oder die Unterdeckung des AHV-Reservefonds;
- setzt sich ein für eine überfällige Sanierung der IV, so wie sie den Stimmbürgern versprochen wurde;
- kämpft für den Verzicht auf eine Überregulierung der beruflichen Vorsorge und die Herauslösung der technischen Parameter aus dem BVG. Mindestens soll aber der Umwandlungssatz gesenkt werden;
- bevorzugt Familienlösungen anstelle von Heimlösungen im Kindes- und Erwachsenenschutz;

STANDPUNKTE

- verlangt ein Umdenken im Sozialhilfewesen:
 - Milizprinzip vor Professionalisierung. Die Gemeindeautonomie im Fürsorgewesen muss gestärkt werden;
 - Eingliederung vor Sozialhilfe. Sozialhilfe ist Überbrückungshilfe;
 - Verbindlichkeit der SKOS-Richtlinien muss aus allen kantonalen Sozialhilfegesetzen gestrichen werden;
- fordert die Gewährleistung der Mitsprache der Gemeinden im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzes und die Abkehr von einer Professionalisierung und Zentralisierung im Vormundschaftswesen;
- bekämpft die durch eine falsche Asylpolitik entstehenden, unbezahlbaren Folgen in der Sozialhilfe.

VORTEILE +

Das bringt mir

- ✓ als Rentner sichere Renten;
- ✓ als Jungem die Aussicht, auch in Zukunft noch sichere Sozialwerke zu haben;
- ✓ als in Not Geratenem die Sicherheit, nicht wegen Missbräuchen anderer schlechter dazustehen;
- ✓ als Konsument keine Erhöhung der Mehrwertsteuer für Sozialwerke;
- ✓ als Gemeindepolitiker die Möglichkeit, in jeder Situation bedarfsgerecht handeln zu können.